

BMIMI - IV/ST2 (Rechtsbereich Straßenverkehr)
st2@bmimi.gv.at

Mag. Lisa Maria Schranz, MSc
Sachbearbeiter:in

lisa.schranz@bmimi.gv.at

Postanschrift: Postfach 201, 1000 Wien
Büroanschrift: Radetzkystraße 2, 1030 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung
der Geschäftszahl an oben angeführte E-Mail-
Adresse zu richten.

«Name»
«Titel» «Vorname» «Nachname» «Nachgestellter_Titel»
«AdresseBeschreibung»
«Anmerkungen»
«ZH»
«Straße» «ON»
«Postleitzahl» «Ort»
«Land»

Geschäftszahl: 2025-0.716.922

Wien, 20. Oktober 2025

Betrifft: Entwurf einer 36. Novelle der Straßenverkehrsordnung; Begutachtungsverfahren

Das Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur übermittelt in der Beilage den Entwurf einer 36. Novelle der Straßenverkehrsordnung samt Erläuterungen und Textgegenüberstellung mit der Bitte um Stellungnahme bis

Freitag, 28.11.2025.

Es wird ersucht, Stellungnahmen mittels elektronischer Post an st2@bmimi.gv.at zu richten, sowie dem Präsidium des Nationalrates über die Internetseite <https://www.parlament.gv.at/PERK/BET/VPBEST/#AbgabeStellungnahme> zur Verfügung zu stellen.

Sollte bis zum oben angeführten Termin eine Stellungnahme nicht einlangen, darf angenommen werden, dass der Entwurf dieser Novelle keinen Anlass zu einer Äußerung gibt.

Für die Ämter der Landesregierungen, die Verbindungsstelle der Bundesländer, den österreichischen Gemeindebund und den österreichischen Städtebund ergeht der Hinweis, dass die gegenständliche Übermittlung gleichzeitig als Versendung aufgrund des Art. 1 Abs. 1 und 4 der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, BGBl. I Nr. 35/1999, anzusehen ist.

Innerhalb der oben genannten Frist kann gemäß Art. 2 dieser Vereinbarung beim Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur das Verlangen gestellt werden, dass im Konsultationsgremium Verhandlungen über die durch dieses Vorhaben im Fall seiner Verwirklichung dem Antragsteller zusätzlich verursachten finanziellen Ausgaben einschließlich zusätzlicher Personalkosten aufgenommen werden.

Beilagen:

Gesetzestext samt Vorblatt und Erläuterungen
Textgegenüberstellung

Für den Bundesminister:
Mag. Christian Kainzmeier